

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Ralf Seekatz (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur

Gleisanlage an der B 255 zwischen Ailertchen und Höhn

Die **Kleine Anfrage** 3777 vom 24. September 2015 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Kosten hat der Wiedereinbau der Gleisanlagen in der B 255 zwischen Ailertchen und Höhn verursacht?
2. Wieso wurden diese Gleise wieder eingebaut?

Das **Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 14. Oktober 2015 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Der Teilabschnitt Rennerod – Westerburg der sogenannten Westerwaldquerbahn Herborn (Dillkreis) – Montabaur wurde im April 1998 in einem Verfahren nach § 11 Allgemeines Eisenbahngesetz stillgelegt, nachdem die Güterverkehrsbedienung bereits in 1995 eingestellt worden war. Die Widmung der Strecke als Eisenbahnanlage ist jedoch weiterhin vorhanden.

Seit dem Jahr 2013 hat die IG Westerwald-Querbahn e. V. die stillgelegte Strecke von der Deutschen Bahn AG gepachtet und betreibt seit dem Jahr 2014 mit einer Erlaubnis des hierfür zuständigen Landesbetriebs Mobilität Rheinland-Pfalz den Abschnitt Rennerod – Fehl-Ritzhausen für Draisinenverkehre.

Vor diesem Hintergrund beantworte ich Ihre Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Der Wiedereinbau der Gleisanlagen an dem Bahnübergang mit der B 255 zwischen Ailertchen und Höhn erfolgte in Eigenleistung durch den Verein IG Westerwald-Querbahn e. V. Die Kosten hierfür sind der Landesregierung nicht bekannt.

Zu Frage 2:

Die Eisenbahnanlagen im Bahnübergang mit der B 255 wurden im Jahr 2001 ohne entsprechende Genehmigung des Eisenbahnbundesamts ausgebaut. In Abstimmung mit dem Landesbetrieb Mobilität und der DB Netz AG hat der Verein die lange im Vorfeld geplante mehrwöchige Sperrung der B 255 dazu genutzt, um die unrechtmäßig ausgebauten Gleisanlagen im Bahnübergang wieder einzubauen. Konkrete Planungen zur Aufnahme des Draisinenbetriebs auch in diesem Streckenabschnitt bestehen nach Informationen der Landesregierung allerdings nicht.

Roger Lewentz
Staatsminister